

1. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 04.07.2024

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 1

---

**Gegenstand: Verpflichtung der Ratsmitglieder nach § 30 Gemeindeordnung (GemO) für die Wahlperiode 2024 bis 2029**

Die Vorsitzende begrüßt die neu gewählten Mitglieder des Speyerer Stadtrates für die Sitzungsperiode 2024-2029.

Sie weist sie auf die Grundsätze der Mandatsführung, die Pflicht zur Verschwiegenheit (§ 20 GemO), die besondere Treuepflicht gegenüber der Gemeinde (§ 21 GemO) und die Ausschließungsgründe bei Entscheidungen (§ 22 GemO) hin.

Alle anwesenden Ratsmitglieder werden anschließend namentlich aufgerufen und von der Vorsitzenden entsprechend § 30 GemO mit Handschlag auf die Einhaltung dieser Regeln verpflichtet.

Herr Michael Wagner, Herr Jörg Zehfuß, Frau Sarah Sprau und Herr Axel Utz sind bei der konstituierenden Sitzung nicht anwesend und müssen zu einem späteren Zeitpunkt verpflichtet werden.

**Gegenstand: Verabschiedung der ausscheidenden Ratsmitglieder der letzten Wahlperiode sowie der ehrenamtlichen Beigeordneten**

Die Vorsitzende verabschiedet folgende Ratsmitglieder aus dem Rat der Stadt Speyer und bedankt sich persönlich für die im Einzelfall Jahrzehnte dauernde Mitarbeit im Rat und den Ausschüssen:

- Luzian Czerny Bündnis 90/Die Grünen
- Petra Fischer-Wolfert Bündnis 90/Die Grünen
- Maria Franz SWG
- Holger Grimm CDU
- Friedel Hinderberger SPD
- Johannes Jaberg Bündnis 90/Die Grünen
- Dr. Owe-Karsten Lorenz Bündnis 90/Die Grünen
- Dr. Martin Moser CDU
- Matthias Schneider WG Schneider
- Helmut Stickl Bündnis 90/Die Grünen
- Inge Trageser-Glaser SPD
- Gudrun Weber Bündnis 90/Die Grünen
- Volker Ziesling Die Linke

Sie überreicht den ausscheidenden Ratsmitgliedern die Gedenkmedaille 800 Jahre kommunale Selbstverwaltung in Speyer und ein Weinpräsent Speyerer Ruländer. Herr Hinderberger (40 Jahre) und Herr Jaberg (25 Jahre) erhalten für die langjährige Ratszugehörigkeit die Medaille in Silber. Herr Hinderberger richtet ein abschließendes Grußwort an das Plenum.

An der Verabschiedung nicht teilgenommen haben:

- Uwe Kübitz parteilos
- Julia Rehberger SWG
- Frank Scheid SWG

Verabschiedet wird anschließend die ehrenamtliche Beigeordnete Sandra Selg (SWG), deren Amtszeit mit der Wahlperiode des bisherigen Stadtrates endete und deren Geschäftsbereich die Weiterentwicklung der Digitalen Verwaltung umfasste. Frau Selg bedankt sich für die Unterstützung in den letzten 4 Jahren durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung und die Ratskolleginnen und –kollegen. Sie appelliert an die in der Landes- und Bundespolitik vertretenen Parteien, den Kommunen „am Ende der Nahrungskette“ die erforderliche Unterstützung für die Verwaltungsdigitalisierung zukommen zu lassen.

**Gegenstand: Fragen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern;**

**Bürgeranfrage - Standort einer neuen Großsporthalle**

**Gegenstand: Zwischenstand zur Standortsuche bzgl. des Neubaus einer weiteren Sporthalle in Speyer; Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion vom 30.04.2024**

**Vorlage: 0010/2024**

Die Tagesordnungspunkte 3 und 4 werden wegen des inhaltlichen Zusammenhangs gemeinsam behandelt.

Die Vorlagen sind dieser Teilniederschrift beigelegt.

Eingangs erhält der Einreicher des Bürgervorschlags, Herr Fichtenmeier, das Wort. Er begründet seinen Vorschlag zur Nutzung des Rheinstadions als Standort für eine neue Großsporthalle. Die Fläche sei ausreichend groß, erschlossen, verkehrstechnisch gut erreichbar und liege aktuell weitgehend brach.

Herr Kabs erläutert, die CDU-Fraktion möchte ein ¾-Jahr nach dem Prüfauftrag durch den Rat einen Sachstandsbericht der Verwaltung. Ob die Fläche am Helmut-Kohl-Ufer dafür besonders geeignet ist, will die Fraktion nicht beurteilen und überlässt die Bewertung der Verwaltung; die CDU sieht den Standort eher bei einer Schule.

Die Beantwortung der Anfrage erfolgt durch Frau BM Kabs und Herrn Nolasco (Fachbereichsleitung 5):

In der Sitzung des Stadtrats am 16.11.2023 wurde seitens der Verwaltung vorgeschlagen, die Fragestellungen hinsichtlich des Bedarfs (aufgrund der aktuellen Auslastung der Sportstätten) und des Standorts für eine Großsporthalle in folgenden Schritten zu klären:

1. Die Grundlagenermittlung in konkreter Form erfolgt über die Abteilung 350 - Schule und Sport. Diese hat in einem ersten Schritt die Auslastung der Sportstätten unter Berücksichtigung der Sportstättenvergabe untersucht.

Geprüft wurde die Auslastung der 29 Sportstätten mit Vergabepflicht - hiervon 24 Sportstätten im Innenbereich und 5 Sportstätten im Außenbereich (Stadien) an insgesamt 18 Standorten. (Die Vergabe erfolgt gemäß der Benutzerordnung der Stadt Speyer, die maßgeblich ist für die Themen, Vergabe Haftung, Nutzung und Schlüsselausgabe.)

Die Ergebnisse der Bedarfserhebung sollen zunächst im Sportstättenbeirat sowie Sportausschuss vorgestellt und danach hinsichtlich der Standortauswirkungen im ASBK beraten werden.

Die Abteilung 350 - Schule und Sport empfiehlt, einen neuen Sportstättenleitplan durch ein externes Unternehmen erstellen zulassen. Der zuletzt aufgestellt Sportstättenleitplan ist aus dem Jahre 1998. Ob eine neue Sportstätte benötigt wird und wie deren räumliches Anforderungsprofil aussehen soll, könnte hierüber geklärt werden.

Nach der Befassung der Fachausschüsse werden die Ergebnisse dem Stadtrat zur Beratung und Entscheidung vorgelegt.

2. Vertiefung der Planung zur Ermittlung hochbaulicher Anforderungen an ein Bauvorhaben, wie z.B.
  - konkrete Nutzungsanforderungen und technische Infrastrukturbedarfe an eine Halle erforderliche Größe
  - Bautypologie (z.B. Ein- oder Mehrfachhalle, mit oder ohne Anbauten)
  - Anforderungen an den Freiraum (z.B. Außenbereichsnutzungen, Stellplatzbedarfe) daraus resultierend der Kostenrahmen / Finanzierbarkeit / Förderung Realisierungszeiträume (z.B. Schaffung von Planungsrecht, Wettbewerbsverfahren).
3. Prüfung von Standorten:
  - Im Bereich der IGS (Bebauungsplan Nr. 018 „Hinterm Esel“)
  - Im Rahmen der Konversionsflächenentwicklung Kurpfalzkasernen
  - Die Verwaltung sagt zu, den Vorschlag aus der Bürgerbeteiligung (Rheinstadion) ebenfalls in die Standortprüfung aufzunehmen.

Die CDU-Fraktion sieht weiterhin Bedarf an Hallenkapazitäten, verweigert sich einer weiteren Prüfung jedoch nicht. Herr Kabs erkundigt sich nach der formalen Vorgehensweise. Diese sollte über den Sportstättenbeirat/Sportausschuss an den Stadtrat laufen. Frau Kabs und die Vorsitzende erläutern die vorliegenden Informationen der Abteilung Schule und Sport. Die Bitte der CDU um parallele Einleitung weiterer Schritte in der laufenden Prüfung beantwortet die Vorsitzende damit, dass sich die Verwaltung bereits auf die genannten Standorte festgelegt hat.

**Gegenstand: Umsetzung des Cannabisgesetzes;  
Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion vom 24.06.2024  
Vorlage: 0008/2024**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Frau Holzhäuser begründet die Anfrage nochmals mündlich und bezeichnet das Cannabisgesetz als bürokratisches Monstrum für die Länder und Kommunen, allen Volksreden zur Entbürokratisierung zum Trotz.

Die Vorsitzende verweist auf fehlende Landesvorschriften für die Umsetzung der Bundesregelung.

Frau Beigeordnete Münch-Weinmann als zuständige Dezernentin erläutert die Historie dieses Gesetzes; die Vorschriften für den Straßenverkehr werden erst noch vom Bund verabschiedet. Sie verweist nochmals auf die grundlegenden Zielsetzungen dieses Gesetzes und auf Umfragen, wonach mehr als 85 % der Jugendlichen angeben, kein Cannabis konsumieren zu wollen.

Sie beantwortet die Anfrage ansonsten wie folgt:

**zu Frage 1) *Wie wird das Konsumverbot von Cannabis in der Sichtweise von z. B. Schulen, Kinderspielplätzen, Kinder- und Jugendeinrichtungen oder Sportstätten überprüft und kontrolliert?***

Das Konsumverbot wird innerhalb des allgemeinen Streifendienstes des kommunalen Vollzugsdienstes kontrolliert. Ferner bei angeordneten Sonderkontrollen sowie ereignisspezifischen Anlässen (Volksfesten, Weihnachtsmarkt etc.) Hinzu kommen Hinweise aus der Bevölkerung.

**zu Frage 2) *Wer kontrolliert die Einhaltung des Cannabisgesetzes in Speyer (Ordnungsamt/Polizei)?***

Der Vollzug des Cannabisgesetzes ist den allgemeinen Ordnungsbehörden, dem Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung (LSJV) und der Polizei zugeordnet. Stellt der kommunale Vollzugsdienst im Rahmen seiner Kontrolltätigkeiten Ordnungswidrigkeiten fest, werden diese mit Bußgeldern geahndet. Die Federführung für die Durchführung des Bußgeldverfahrens obliegt dann innerbehördlich dem Rechtsamt. Unabhängig davon bleiben die Zuständigkeiten des LSJV und der Polizei im Rahmen der Strafverfolgung bestehen.

**zu Frage 3) *Wie hoch werden die Bußgelder bei Verstoß des Cannabisgesetzes sein?***

Die Bußgeldbestimmungen des CanG sind in § 36 geregelt und lassen einen Bußgeldrahmen von 10.000 € bis 30.000 € zu. Eine Prognose über die Höhe der zu erwartenden Bußgelder wäre in Ermangelung jeglicher Erfahrungswerte reine Spekulation, weshalb auch darauf verzichtet wird.

**zu Frage 4) *Sind Fortbildungsmaßnahmen des dafür zuständigen Überwachungspersonals geplant?***

Bereits innerhalb der Entwurfsvorstellung des CanG haben wir über den Städtetag Rheinland-Pfalz diese Forderung an das zuständige Ministerium gerichtet und dieses Vorgehen war auch mit den übrigen Ordnungsbehörden des Landes abgestimmt. Es ist aus unserer Sicht unumgänglich, dass nach der Zuweisung des Vollzuges des CanG an die allgemeinen Ordnungsbehörden der Kreise und kreisfreien Städte auch Fortbildungsmaßnahmen durch das Land angeboten werden

müssen. Falls dies nicht oder nicht in zufriedenstellendem Maße erfolgt, werden Schulungsmaßnahmen in Eigenregie durchgeführt werden müssen.

**zu Frage 5) Wird es Kontrollen zur Einhaltung des Cannabisgesetzes auf den Volksfesten in Speyer wie z.B. dem Brezelfest oder dem Altstadtfestes geben?**

Ja. Es ist generell vorgesehen auf Volksfesten (Brezelfest/Altstadtfest) zu kontrollieren. Es ist auch ferner vorgesehen entsprechende Allgemeinverfügung für die jeweiligen Veranstaltungen zu erlassen, um definitiv keinen Konsum dort zuzulassen.

**zu Frage 6) Ist es geplant, für solche Feste ein Kiff-Verbot auszusprechen?**

Siehe Beantwortung Frage 5.

**zu Frage 7) Wie hoch sind die Zusatzkosten für Speyer durch die Umsetzung und Überwachung des Cannabisgesetzes?**

Das neue Gesetz bringt neue Zuständigkeiten und neue Aufgaben für die allgemeinen Ordnungsbehörden mit sich. Damit wird sowohl die Verwaltung als auch der Kommunale Vollzugsdienst zusätzlich belastet. Wir gehen davon aus, dass bei Bestehen weiterer Erfahrungswerte auch Auswirkungen auf den Stellenkegel nicht ausgeschlossen werden können. Die Höhe der Zusatzkosten auch in Bezug auf Fortbildungen und Materialkosten (Anschaffung von Feinwaagen etc.) kann gegenwärtig nicht eingeschätzt werden, da es an Erfahrungswerten mangelt.

**Gegenstand:** **Bildung der Ausschüsse, Aufsichtsräte, Beiräte und sonstiger Untergremien - Sitzungsperiode 2024-2029**  
**Vorlage: 0004/2024**

**Gegenstand:** **Ausschuss für Friedhofsentwicklung; Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 22.06.2024**  
**Vorlage: 0011/2024**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Vorsitzende erläutert die Verwaltungsvorlage und die Unterscheidung zwischen obligatorischen und fakultativen Ausschüssen. Es wird eine Regelgröße der Ausschüsse von 15 Personen vorgeschlagen, um alle Fraktionen angemessen zu berücksichtigen. Einwände werden dagegen nicht erhoben.

Frau Queisser begründet für die SPD-Fraktion den Antrag auf Einrichtung eines Friedhofsausschusses und nimmt Bezug auf die historische Entwicklung des Themas. Ein Ausschuss hätte eine deutlich höhere Wertigkeit und ein echtes Mitspracherecht.

Frau Dr. Montero Muth schlägt vor, den Aspekt der Gesunden Stadt auch an einen Ausschuss anzudocken, um diesem Thema ein Gesicht und einen Stellenwert zu geben. Sie denkt dabei z.B. an den Sozialausschuss.

Die FDP sieht durch Herrn Oehlmann die Zusammenlegung von Digital- und Hauptausschuss kritisch. Der Weiterbestand eines optimal geführten Digitalausschusses wird für unverzichtbar gehalten, um die Digitalisierung der Verwaltung zu forcieren und die Expertise von Fachleuten dafür zu nutzen. Ähnlich sieht man dies bei der Verschmelzung von Bau- und Verkehrsausschuss. Die Einrichtung eines Beirates für Wirtschaftsförderung hingegen wird ausdrücklich begrüßt. Der Antrag der SPD-Fraktion wird unterstützt.

Frau Dr. Mang-Schäfer begrüßt ebenfalls die Gründung eines Beirates für Wirtschaftsförderung und hofft, dass ihm mehr Glück beschieden ist als dem Beirat für Mobilität aus der letzten Wahlperiode. Die SWG steht der Auflösung des Digitalausschusses sehr kritisch gegenüber, der sich als Expertengremium in den vergangenen Jahren etabliert hat. Dies gilt auch für die Zusammenlegung von Bau- und Verkehrsausschuss, man ist aber bereit, diesem Experiment unter dem Eindruck des neugeschaffenen Wirtschaftsförderungsbeirates eine Chance zu geben. Mit Blick auf die Arbeitsergebnisse der Arbeitsgruppe Strategische Steuerung und Controlling kann man der SPD-Argumentation zum Friedhofsausschuss nicht folgen.

Herr Ableiter lehnt die Vorschläge der Verwaltung zur Zusammenlegung von Ausschüssen seitens der FW entschieden ab und fordert vielmehr eine konsequente schrittweise Umsetzung bestehender Konzepte.

Städtebau und Verkehr sind aus Sicht von Herrn Popescu so verzahnt, dass eine Zusammenlegung unter Wegfall der Konversion Sinn macht. Den Lorbeeren für den Digitalisierungsausschuss vermag die Linke nicht zu folgen und hofft, dass bei einer Verschmelzung endlich mal was Vernünftiges herauskommt. Einem Gesundheits- und Sozialausschuss, der dann vielleicht öfter tagt, kann man ebenfalls zustimmen. Der Friedhofsausschuss ist zur Entwicklung der größten Grünfläche im Stadtgebiet unabdingbar; „der Friedhof muss lebendiger werden“.

Herr Kabs schließt sich den Worten seines Vorredners an. Die CDU sieht Bauen und Verkehr in einem Ausschuss als Versuch an, den man mitgehen kann. Beim Beirat für Wirtschaftsförderung stellt sich die Frage, wer in diesem Gremium mitarbeiten soll. Von der Integration der Digitalisierung in den Haupt- und Stiftungsausschuss verspricht sich die CDU mehr Fortschritt. Zudem kann innerhalb der Wahlperiode nachgesteuert werden, sollte es zu Fehlentwicklungen kommen. Dem Gesundheitsaspekt steht man offen gegenüber, allerdings müssen für dieses Querschnittsthema erst die Rahmenbedingungen besprochen werden.

Die SPD ist von gemeinsamen Sitzungen zum Thema Bauen und Verkehr eigentlich etwas abgerückt, so Herr Gottwald, weil diese Sitzungen doch sehr ausladend waren, will einem erneuten Versuch aber eine Chance geben. Digitalisierung ist ein Querschnittsthema, für das die anderen Fachausschüsse (z.B. Schulträger oder Sportstätten – unter Beteiligung der Digitalfachleute der Fraktionen) Beschlüsse fassen, ohne dass es dazu eines eigenen Digitalisierungsausschusses bedürfte. Gesundheit und Soziales zu kombinieren, klingt sinnvoll, allerdings sollte erst beraten werden, was da alles hineinkommt.

Frau Heller erklärt, dass die Grünen die vorgeschlagenen Veränderungen mitgehen können, was die Einrichtung eines Friedhofsausschusses und die Zusammenlegung von Verkehr und Bauen angeht. Das Gesundheitsthema ist interessant, könnte vielleicht aber auch im Bereich Sport angesiedelt werden und sollte deshalb heute zunächst hintangestellt werden. Die Wirtschaftsförderung und eine Lebendige Innenstadt sollten im Ausschuss für Tourismus auch namentlich sichtbar werden.

Frau Keller-Mehlem plädiert beim Beirat für Tourismus für eine möglichst breite Aufstellung aus der Stadtgesellschaft mit politisch interessierten Menschen, aber keinen Mandatsträgern. Die Friedhofsarbeit wird durch einen eigenen Ausschuss politisch aufgewertet, obwohl auch die AG schon einige gute Ergebnisse verzeichnen konnte. Wegen der Schnittmengen zwischen Bauen und Verkehr sieht UfS eine Entlastung der Verwaltung durch einen gemeinsamen Ausschuss. Auch in anderen Städten ist das Digitalisierungsthema im Hauptausschuss erfolgreich als Querschnittsaufgabe angedockt.

Die Vorsitzende schlägt vor, das Gesundheitsthema über die Sommerpause in die Verwaltung mitzunehmen, um über Frau BM Kabs eine entsprechende Empfehlung ausarbeiten zu können. Der Beirat für Wirtschaftsförderung bedarf kraft GemO einer eigenen Satzung, die bei Entscheidung für eine Einrichtung noch auszuarbeiten ist; dabei ist grundsätzlich der Ratsbeschluss zu berücksichtigen, dass die Beiräte nicht politisch besetzt werden sollen. Für die Bereiche Wirtschaftsförderung und Nachhaltige Mobilität sollte aber ausdrücklich auch eine politische Vertretung vorgesehen werden.

### **Beschluss:**

Der Stadtrat fasst folgende Beschlüsse:

1. Soweit in der Aufstellung der Verwaltungsvorlage (Ziffer I.) nichts Anderes genannt ist, wird die Regelgröße der Ausschüsse auf 15 Personen (politische Mitglieder) festgelegt (einstimmig, bei 7 Enthaltungen: AfD).
2. Die Bereiche Bauen und Verkehr werden in einem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr zusammengefasst (mehrheitlich, bei 5 Gegenstimmen und 1 Enthaltung).
3. Auf Antrag der SPD-Stadtratsfraktion wird ein Friedhofsausschuss eingerichtet (mehrheitlich, bei 10 Gegenstimmen).
4. Haupt- und Stiftungsausschuss sowie Digitalausschuss werden zum Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschuss zusammengefasst (mehrheitlich, bei 13 Gegenstimmen und 1



Enthaltung).

5. Alle weiteren Ausschüsse, Aufsichtsräte, Beiräte und sonst. Vertretungen werden entsprechend der Verwaltungsvorlage gebildet/besetzt (einstimmig).
6. Es wird ein Beirat für Wirtschaftsförderung eingerichtet, der den bisherigen Beirat für Tourismus und Stadtmarketing ersetzt. Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Satzung nach § 56a Abs. 1 GemO zur Beschlussfassung zu erarbeiten (einstimmig, bei 7 Enthaltungen: AfD).

**Gegenstand:** Sparkasse Vorderpfalz - Wahl der Vertretung der Stadt Speyer in der Zweckverbandsversammlung, Wahlvorschlag für den Verwaltungsrat  
**Vorlage: 0005/2024**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Die Fraktionen von CDU und SPD benennen ihre Vertreterinnen und Vertreter für die genannten Positionen als gemeinsamen Wahlvorschlag zur Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Stadtrat wählt einstimmig folgende Personen in die Gremien der Sparkasse Vorderpfalz für die Wahlperiode 2024-2029:

1. Vertretung der Stadt Speyer in der Zweckverbandsversammlung:

Fraktion	Mitglied:
CDU:	Johannes Kabs Vertriebsingenieur St.-Markus-Straße 13a 67346 Speyer * 22.06.1984 Tel.: 06232-3175097 mobil: 0172 6248202 Mail: johannes.kabs@yahoo.de
SPD:	Friedel Hinderberger Wasserbautechniker i.R. Falkenweg 6 67346 Speyer * 01.05.1940 Tel.: 06232-32823 Mail: friedel.hinderberger@gmx.de

2. Verwaltungsrat der Sparkasse Vorderpfalz (Wahlvorschlag):

Fraktion	Mitglied:	Stellvertretung:
CDU:	Michael Wagner Landtagsabgeordneter Meisenweg 40 67346 Speyer * 30.05.1960 Tel. dstl.: 06131-2083434 Tel. priv.: 06232-36225 mobil: 0170 3223146 Mail: mian.wagner@t-online.de	Prof. Dr. Alexander Schubert Leitender Museumsdirektor Mehlgasse 30 67346 Speyer * 28.07.1969 Tel. dstl.: 06232-132510 mobil: 0171 2814764 Mail: home@dr-alexanderschubert.de

SPD:	Walter Feiniler Geschäftsführer Christian-Dathan-Str. 7 67346 Speyer * 17.02.1968 Tel.: 06232-34176 Mobil: 0171 2676962 Mail: WFeiniler@t-online.de	Philipp Brandenburger Referent Gabriel-Biel-Straße 4 67346 Speyer * 25.01.1986 Tel. dstl.: 06232-659239 Tel. priv.: 06232-71182 mobil: 0160 96217601 Mail: philipp.brandenburger@gmail.com
------	--	---

3. Stellvertretendes Mitglied für die Stadt Speyer im Kreditausschuss:

Fraktion	Mitglied:
CDU:	Michael Wagner Landtagsabgeordneter Meisenweg 40 67346 Speyer * 30.05.1960 Tel. dstl.: 06131-2083434 Tel. priv.: 06232-36225 mobil: 0170 3223146 Mail: mian.wagner@t-online.de

Die von der Zweckverbandsversammlung gewählten Mitglieder des Verwaltungsrates der Sparkasse Vorderpfalz werden danach kraft Amtes gleichzeitig Kuratoriumsmitglieder in der Stiftung der ehemaligen Kreis- und Stadtparkasse Speyer.

*Protokollnotiz: Anders als in der Vorlage formuliert, sind in der Zweckverbandsversammlung für die Mitglieder keine Stellvertretungen durch die Satzung der Sparkasse Vorderpfalz vorgesehen. Die in der Sitzung geäußerten personellen Vorschläge dazu sind damit obsolet.*

**Gegenstand:** **Verband Region Rhein-Neckar (VRRN) - Wahl der Vertretung der Stadt Speyer in der Verbandsversammlung**  
**Vorlage: 0006/2024**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die CDU-Fraktion benennt als vorschlagsberechtigte Fraktion im Stadtrat die Personen für einen gemeinsamen Wahlvorschlag zur Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Stadtrat wählt einstimmig folgende Personen als weitere Vertreter der Stadt Speyer in die Verbandsversammlung des Verbandes Region Rhein-Neckar (VRRN) für die Wahlperiode 2024-2029:

Fraktion	Mitglied:	Stellvertretung:
CDU:	Dr. Axel Wilke Bahnhofstraße 37 67346 Speyer	Simone Kloos Alte Ziegelei 6 67346 Speyer

**Ersatznachfolge**

Fraktion	Mitglied:	Stellvertretung:
CDU:	Sylvia Holzhäuser Paul-Neumann-Str. 49 67346 Speyer	Frank Hoffmann Maulbronner Hof 38 67346 Speyer

1. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 04.07.2024

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 9

---

**Gegenstand:**     **Termin zur Wahl des Beirates für Migration und Integration der  
Stadt Speyer 2024**  
                  **Vorlage: 0009/2024**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Als Wahltermin für die Wahl zum Beirat für Migration und Integration der Stadt Speyer wird Sonntag, der 10. November 2024 festgelegt.
2. Die Wahlen sollen insgesamt in Form einer Briefwahl und nicht als Urnenwahl durchgeführt werden (§ 6 Abs. 1 der Satzung).

1. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 04.07.2024

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 10

---

**Gegenstand:**     **Annahme und Verwendung von Spenden nach § 94 Abs. 3 GemO**  
                          **Vorlage: 0003/2024**

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

**Beschluss:**

Der Stadtrat stimmt der Annahme der von der Verwaltung aufgelisteten Zuwendungen einstimmig zu.

**Gegenstand: Informationen der Verwaltung****Hauptsatzung und Geschäftsordnung**

Die Vorsitzende weist unter diesem TOP auf die als Tischvorlagen ausgelegten Entwürfe der Hauptsatzung der Stadt Speyer und der Geschäftsordnung für den Stadtrat hin. Die Verwaltung hat in den Arbeitsentwürfen ihre Vorschläge formuliert. Die Fraktionen haben die Gelegenheit, über die Sommerpause diese Entwürfe zu prüfen und ggf. eigene Anregungen oder Änderungswünsche einzubringen. Nach der Sommerpause hat der Rat darüber zu entscheiden, wie die Arbeitsweise in den kommenden 5 Jahren gestaltet wird.

**Bürgerbegehren gegen die Unterbringung von Flüchtlingen in Containerunterkünften**

Die Vorsitzende informiert weiterhin darüber, dass das Verwaltungsgericht Neustadt in einem Urteil den Eilantrag der Bürgerinitiative gegen die Stadtratsentscheidung abgelehnt hat.

**Mitzeichnung der Stadtratsprotokolle**

Laut Geschäftsordnung ist das Ratsprotokoll von den beiden größten Ratsfraktionen gegenzuzeichnen. Es wird um Benennung der entsprechenden Personen gebeten.

CDU: Johannes Kabs - Stellvertretung Sylvia Holzhäuser

SPD: Gregor Flörchinger - Stellvertretung Angelika Bott

Der neugewählte Stadtrat trifft sich anschließend zu einem gemeinsamen Pressefoto.



1. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 04.07.2024

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 12.1

---

**Gegenstand: Grundstücksangelegenheiten**

Der Stadtrat nimmt die Informationen zur Kenntnis.

1. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 04.07.2024

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 12.2

---

**Gegenstand:** Tausch einer Teilfläche des Grundstückes Flurstücks-Nr. 3490/2 mit den  
Grundstücken Flurstücks-Nrn. 3500/7 und 3528

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Dem Grundstückstausch wird zugestimmt:

1. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 04.07.2024

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 12.3

---

**Gegenstand:** Bestellung eines Erbbaurechtes zugunsten der Stadt Speyer

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt einstimmig (bei 2 Enthaltungen):

Der Bestellung eines Erbbaurechtes zugunsten der Stadt Speyer an dem Grundstück Flurstücks-Nr. 5605/51 wird zugestimmt.

1. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 04.07.2024

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 13.1

---

**Gegenstand: Finanzangelegenheiten**

Der Stadtrat nimmt die Information zur Kenntnis.

1. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 04.07.2024

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 14.1

---

**Gegenstand:     Wirtschaftsangelegenheiten**

**Beschluss:**

Der Stadtrat stimmt einer Veranstaltungskooperation einstimmig zu.

1. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 04.07.2024

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 15.1

---

**Gegenstand: Tiefbauangelegenheiten - ÖPNV**

Der Stadtrat nimmt die Informationen zur Kenntnis.

1. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 04.07.2024

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 16

---

**Gegenstand: Informationen der Verwaltung**

Der Stadtrat nimmt die Informationen zu Kenntnis.

1. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 04.07.2024

1. Sitzung des Stadtrates 04.07.2024 **Stefanie Seiler**

**Hinweis:** Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!